

Eidg. Abstimmung vom 4. März zur Volksinitiative  
«Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren»

## Ja zur No-Billag-Initiative

**Ab 2019 müssen alle Bürgerinnen und Bürger eine Mediensteuer bezahlen. Diese Steuer ist willkürlich und ungerechtfertigt, sagt die Mehrheit des Kantonalvorstands des Bündner Gewerbeverbands und beschliesst die Ja-Parole. Graubünden muss bei einem Ja auf einen Teil der Medienvielfalt verzichten, die Randregionen werden benachteiligt und es gehen Arbeitsplätze verloren, sagt die Minderheit.**

Mi. Die Ausgangslage zur No-Billag-Diskussion im Kantonalvorstand war spannend und die kontroverse Diskussion hielt, was sie versprach. Gegner und Befürworter hatten ihre Messer gewetzt. Der Referent des gegnerischen Standpunkts, **Nationalrat Duri Campell (BDP)**, ging darauf ein, worauf Graubünden verzichten müsse, würde die Initiative angenommen. Das ist nicht wenig.

### **Für Randregionen nicht vertretbar**

Die beiden einzigen Bündner Radio-Vollprogramme (RTR und Radio Südostschweiz) in deutscher und rätoromanischer Sprache würden in Zukunft ebenso fehlen, wie eine Berichterstattung über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aus den Gemeinden. Entfallen würden aber auch Ausbildungsangebote für junge Menschen in zahlreichen Medien- und Wirtschaftsberufen, Untertitel und Sendungen für Menschen mit Sinnesbehinderungen oder die Übertragung einheimischer Musik (Anteil bei RTR rund 30 Prozent). Fehlen würden auch jährlich 40 Millionen Franken für Koproduktionen in allen vier Landessprachen mit vier bis sechs Filmen mit Bündner Bezug. Und letztlich werde das Angebot ja auch genutzt, was Campell mit Hörerzahlen belegte. So habe Radio Südostschweiz täglich 92 100 Hörerinnen und Hörer, TV Südostschweiz 51 300 Zu-

### **«Die Unternehmen werden doppelt zur Kasse gebeten.»**

schauerinnen und Zuschauer. Radio Rumantsch werde in der ganzen Schweiz von 79 000 und die TV-Sendung «Cuntrasts» beispielsweise von 42 000 Personen angeschaut. Seine Ausführungen blieben nicht ungehört und fanden bei vielen Kantonalvorstandsmitgliedern guten Nährboden.

### **Gigant SRG und ungerechte Steuer**

Die Mehrheit überzeugen konnte aber nicht Campell, sondern **Kurt Gfeller**. Der Vizedirektor des Schweizerischen Gewerbeverbands blieb gar nicht allein mit seiner Argumentation, der Koloss SRG sei zu gross, überdimensioniert und müsse endlich abspecken. Dass sich der Mediengigant mit den neuen Rahmenbedingungen nicht zu rechtfinden könne und tatsächlich keinen Plan B für den Fall der Annahme der Initiative bestehe, wurde im Kantonalvorstand als unvorstellbar angeschaut. Bezüglich ihrer Position im Werbemarkt und der weitgehend bezahlten Infrastruktur sei sie hervorragend aufgestellt. **Roland Jäggi**, ASTAG-Vertreter im Kantonalvorstand: «Gut positionierte und geschätzte Sendungen sowie professionelle Mitarbeiter sind genügend vorhanden. In einem neuen Umfeld werden sich jene behaupten, die gut sind. Wir müssen in den verschiedensten Bereichen einen Strukturwandel durchmachen und wir kommen dabei zu zukunftsgerichteten Lösungen. Warum soll das nicht auch die SRG erfahren?» Der überwiegende Teil des Kantonalvorstands kann auch nichts mit der neu eingeführten Doppelbesteuerung anfangen. Mit dem neuen Radio- und Fernsehgesetz werden auch Unternehmen ab einem Umsatz von 500 000 Franken die neue Billag-Mediensteuer zwingend entrichten müssen. Dies, obwohl die Unternehmerinnen und der Unternehmer wie auch die Mitarbeitenden als Einzelperso-



Faire Kontrahenten: Kurt Gfeller, sgv-Vizedirektor (pro) und Duri Campell, BDP-Nationalrat (contra) legten ihre unterschiedliche Sicht zur Initiative dar.





Roland Jäggi: «In einem neuen Umfeld werden sich jene behaupten, die gut sind.»

nen alle schon die Mediensteuer bezahlen. Gfeller: «Die Gegner der Vorlage interessiert überhaupt nicht, dass die Mitarbeitenden in den Unternehmen arbeiten und sicher nicht TV schauen können.» Es gehe bei der Mediensteuer darum, eine neue Geldquelle zu erschliessen, um von den Unternehmen und den Privatpersonen noch mehr abzukassieren. «Diese Doppelbesteuerung ist völlig ungerechtfertigt,» so Grossrätin **Angela Casanova**, Mitglied des Leitenden Ausschusses.

Über 90 Prozent der jährlich insgesamt rund 1,35 Milliarden Franken Mediensteuer, nämlich 1,235 Milliarden Franken aus der Mediensteuer fliessen an die SRG. Diese wird dadurch faktisch zur Monopolistin auf dem Radio- und Fernsehmarkt. Die Belastung der Unternehmen beträgt ab einem Umsatz von 500 000 Franken zwischen 365 und 39 530 Franken pro Jahr. «Sollte die SRG mehr Mittel benötigen, wird man diese nicht bei den Konsumenten holen, sondern der dafür zuständige Bundesrat wird einfach die willkürlich festgelegte Limite herabsetzen. So ist das Geld am einfachsten zu holen. Mit dieser Finanzierung wird nur die Trägheit des Systems gefördert,» meint Grossrat **Jan Koch**, Mitglied des Leitenden Ausschusses, und ergänzt: «Die Zeit ist reif, um mit einem Hammer Schlag einen Nagel einzuschlagen – das Parlament hatte kein Gehör für Alternativen und einen gesunden Gegenvorschlag. Nun hat es die Verantwortung zu tragen.»



Jan Koch: «Nun muss das Parlament die Verantwortung tragen.»

Für die Mehrheit des Kantonalvorstands ist die Besteuerung nach Umsatz nicht gerecht. «Umsatzstarke Unternehmen mit kleinen Margen werden durch das neue System besonders hart bestraft. Die teilweise sehr kleinen Unternehmen müssen sehr hohe Umsätze erzielen bei geringen Gewinnen, um überhaupt existieren zu können,» meint **Urs Schädler**, Präsident BGV. Die Wirtschaft soll neu jährlich gegen 200 Millionen Franken an die Finanzierung der SRG beitragen. Das ist vier- bis fünfmal mehr als die Billag noch 2012 bei den Firmen eingezogen hat.

Über die Finanzierung ist letztlich vor zwei Jahren abgestimmt worden. Diese Abstimmung hat die Wirtschaft verloren. Erteilen



Angela Casanova: «Eine Doppelbesteuerung ist völlig ungerechtfertigt.»

wir mit der Unterstützung der Initiative einen Denkkzettel und begeben uns auf einen Rachezug? Dazu äusserten sich mehrere Befürworter. Tenor: Hätte man eine ausgiebige Diskussion über den Service Public geführt und einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, den wir jetzt einfach in den Wind schlagen würden, wäre diese Auffassung richtig. Tatsächlich haben sich Bundesrat und Parlament aber der Service-Public-Diskussion verweigert. Der Gegenvorschlag, der die Wirtschaft entlastet hätte, wurde nur im Nationalrat behandelt, hatte dort aber keine Chance. Die Konklusion von **Urs Schädler**: «Die Politik hat die Unternehmer im Stich gelassen.»

#### Finanzflüsse (2016)

Billaggebühren	in Millionen Franken
Billag Gesamteinnahmen	1370
An Billag und Bakom	-68
An Private (Radio und TV)	-62
An SRG	-1240

Finanzierung SRG	in Millionen Franken
Gebühren Billag	1240
Weitere Einnahmen TV-Werbung, Sponsoring, Programmertrag, übriger Ertrag	400
Total Einnahmen	1640



# Ein weiterer Testfall für die Demokratie?



**Zugegeben, als der Kantonalvorstand die Ja-Parole zur No-Billag-Vorlage beschlossen hatte, war absehbar, was auf den BGV zukommt. Nicht einmal die Heftigkeit überrascht. Ein Ja zur No-Billag heisst Verrat am eigenen mehrsprachigen Kanton, bedeutet Abbau von Arbeitsplätzen und Untergrabung der viel gerühmten Bindekraft im Kanton (Kohäsion).**

Auch in den eigenen Kreisen rumort es (siehe Artikel unseres Präsidenten). Es gibt unzufriedene Sektionen und unzufriedene Mitglieder. Der BGV ein Einzelgänger, imageschädigend, blindlings der eigenen Dachorganisation sgV folgend, ohne Gespür für die Sensibilitäten, ja sogar «antidemokratisch» entscheidend? Wie kann er nur! Heute ist diese übertriebene Form der Kommunikation üblich. Wer nicht im grossen Umzug mitmacht, wird nicht nur bekämpft, sondern regelrecht in die Mangel genommen. Und das mit ganz grobem Geschütz. Nahezu alle Abstimmungen – sei es die Rentenreform, Bilaterale, Finanzplatz, ja sogar die neuen Steuern für die SRG – werden zum Testfall für die Demokratie gemacht. Die Existenz der Willensnation Schweiz steht auf dem Spiel. In Horrorszenarien wird aufgezeigt, wie SRG und regionale TV- und Radiostationen untergehen. Wo bleibt der Bezug zur Realität?

Dass man geteilter Meinung zur No-Billag-Initiative sein kann, liegt auf der Hand. Gerade in Graubünden – und deshalb ist der Entscheid im Kantonalvorstand auch knapp ausgefallen. Dass sich Direktbetroffene zur Wehr setzen und ihre eigenen Interessen für ein Nein voranstellen, ist nachvollziehbar. Der Bündner Gewerbeverband macht das auch. **Wir wehren uns, dass unsere Mitglieder eine ungerechtfertigte Steuer bezahlen müssen und halten uns an unserem obersten Prinzip fest, die Rahmenbedingungen für unsere Mitglieder zu verbessern.** Keine neuen Abgaben für unsere Unternehmen, Abbau von administrativen Hindernissen etc. Ist das so verkehrt? Ich meine nein. Es ist nicht so, dass rund 80 Prozent unserer Mitglieder von der Steuer befreit werden und wir uns für die Falschen einsetzen. Dieses Argument ist aus der Luft gegriffen, wie viele andere im Abstimmungskampf auch. Von den rund 18 000 Betrieben in allen drei Sektoren (Forst- und Landwirtschaft; Gewerbe und Industrie; Dienstleistungen), bleiben rund 4150 steuerpflichtig. Es sind zum allergrössten Teil unsere rund 6000 Mitglieder, die zusammen nun weit mehr als das Doppelte abliefern, um die SRG und die regionalen Sender zu subventionieren. Als Vehikel dient eine ungerechtfertigte Doppelbesteuerung mit dem Umsatz als vollkommen untaugliche Bemessungsgrundlage. Die Betroffenheit ist sehr gross. Trotzdem: Als kantonalen Verband respektieren wir die starke Minderheit. Wir geben keinen Franken für die Kampagne aus. Wir machen in keinem befürwortenden Komitee mit. **Wir sagen einzig und allein, was wir von diesem Konstrukt, das zur Abstimmung gelangt, halten.**

Jürg Michel, Direktor

